

Wolfgang Rieger
Totgesagte Leben länger
 Agnolis „Transformation der Demokratie und andere Schriften“

Aus: Stadtzeitung für Freiburg, April 1990

Der Engerling im Stadtwald merkt nicht, daß er ausstirbt. Es interessiert ihn nicht. Ihm ist das Ozonloch und die Erwärmung der Ozeane schnuppe. Selbst auf die Bleibelastung der Böden reagiert er lediglich nach Pawlowscher Manier. Nur dem Menschen kann es nicht gleichgültig sein, zerstört er doch mit der Natur seine Existenzgrundlage.

Das ist einer der Punkte, die Johannes Agnoli aus einer Distanz von mehr als 20 Jahren zu denken geben. Die ökologische Dimension hatte er ebenso wie die Frauenfrage in seinem Hauptwerk „Die Transformation der Demokratie“ vernachlässigt. Ansonsten aber hält er das Werk nach wie vor für aktuell. Und er hat recht. Zum einen, was die gegenwärtige Entwicklung angeht. Wer begreifen will, was sich im Osten verändert, dem sei die (nochmalige) Lektüre angeraten. Zum anderen, was seine Denktradition angeht. Wo überall vom letzten Gefecht des Marxismus geredet wird, da hält Agnoli ihn hoch. Im Vorwort schreibt er: „Beim Verständnis der Texte werden einige Schwierigkeiten auftauchen. Da zu zählt zunächst die Sprache. Zu den vielen Veränderungen, die in zwischen gesellschaftlich und kulturell stattgefunden haben (ökonomisch sind wir immer noch im Kapitalismus geblieben), gehört auch die Änderung in der Ausdrucksweise. Ich meine nicht nur die Verwandlung des vormaligen 'wesentlichen Punkts' in den 'Knackpunkt'. Sprachliche Änderungen können vielmehr zu Schwierigkeiten führen, die mit der Vergeßlichkeit des Denkens zusammen hängen, das frühere Begriffe und Strukturen auszuschalten scheint. Bei einer Seminar-Diskussion über den Aufsatz ‚Wahlkampf und sozialer Konflikt‘ trat dieses Vergessen deutlich zutage. Ich wurde einfach gefragt, was denn dies sei – die Klasse.“

Republik und Despotie

Dabei sei seine Grundthese kurz und bündig: Der Polarität im Produktionsbereich steht die Pluralität im Distributionsbereich gegenüber; diese Gegensätzlichkeit bestimmt die gesellschaftliche Wirklichkeit. Das meint: Im Produktionsbereich herrscht nach wie vor die Despotie. Die Besitzer verfügen individuell über ihr Eigentum; ihr Ziel ist es, das eingesetzte Kapital optimal zu verwerten. Die Arbeitenden dagegen, die die Waren kollektiv herstellen, werden um den Mehrwert betrogen, den sie erwirtschaften. Sie können nicht darüber entscheiden, was und wie sie produzieren, sondern müssen sich den Interessen der Eigentümer unterwerfen. Dieses Herrschaftsgefüge existiert immer noch, ebenso wie die daraus resultierenden Konflikte, auch wenn sich die Formen, in denen sie ausgetragen werden, geändert haben. Heute verdeckt und mildert etwa die Institutionalisierung des Lohnkampfes, der relativ hohe Lebensstandard breiter Schichten oder die verwickelten Eigentumsverhältnisse in den Unternehmen den früher leicht zu durchschauenden Antagonismus von Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Der Markt dagegen funktioniert als Republik, in der das Prinzip formeller Gleichheit gilt. Jede Ware kann angeboten und erworben werden, und wer wieviel verkauft, regelt der Wettbewerb. Die Unternehmen konkurrieren um die Vorherrschaft, Mercedes, VW, Honda und Fiat kämpfen um Kundenanteile, die Erdgasindustrie versucht die Kernkraft zu verdrängen und umgekehrt. Bei aller Konkurrenz – in einem sind sich die Besitzer einig: die Eigentumsverhältnisse dürfen nicht angetastet werden.

Republik wie Despotie sind folglich strukturelle Elemente kapitalistischer Gesellschaften. Das ist ein Fakt, an dem keine Theorie vorbeikommt. Eine andere Frage ist allerdings, was ins öffentliche Bewußtsein dringt; hierbei spielt der Staat eine zentrale Rolle.

Der Staat als Friedensstifter

Der Staat, der als übergeordnete Macht erscheint, garantiert die Eigentumsverhältnisse. In seiner heutigen Form als Verfassungsstaat regelt er Konflikte auf gesetzlicher Basis und stiftet den sozialen Frieden. Interessengruppen, organisiert als Parteien, Verbände, Vereine und Bündnisse, konkurrieren um die Führung. Mal setzen sich sozialdemokratisch orientierte Gruppen durch, mal konservative oder liberale. Selbst Ökologen haben mittlerweile eine Chance. Betont wird die Pluralität, die sich als Ideologie des Marktes erweist; sie verdeckt die nackte Herrschaft im Produktionsbereich. In diesem Bereich erweist sich der Kapitalismus als außerordentlich resistent. Die Anziehungskraft der Warenwelt ist ungebrochen, und die Überlegenheit der Marktwirtschaft erscheint erwiesen zu sein, insbesondere auf dem Hintergrund des Debakels, den die staatskapitalistische Planwirtschaft erlebte und erlebt.

Die Demokratie als Staatsform muß sich jedoch ständig modernisieren; deshalb läßt sich ihre Geschichte als permanente Transformation beschreiben. Dauernd muß sich der Staat den

technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. In Zeiten der Hochkonjunktur funktioniert dieses System unproblematisch. Solange die Güter zufriedenstellend verteilt werden können, sind die Menschen als Arbeitende diszipliniert, als Konsumenten zufrieden und als Bürger staatsreu. Konflikte lassen sich parlamentarisch lösen, und fällt einmal etwas aus diesem Rahmen heraus, so stehen Polizei und Militär bereit.

Bewähren muß sich der Staat allerdings in Krisensituationen. Erst hier zeigt es sich, ob das staatliche Instrumentarium ausreicht, den sozialen Frieden zu sichern, was ja nichts anderes heißt, als daß das System ohne größere Störungen funktioniert, sprich die Verwertung des Kapitals nicht behindert wird. Die Geschichte hat gezeigt, daß nicht nur die Demokratie, sondern auch die Despotie eine mögliche Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft ist. Gerade an diesem Punkt beweist sich die Aktualität Agnolis. Im real existierenden Sozialismus wurde Eigentum nie abgeschafft. Anstelle von Privatbesitz eigneten sich der Staat und die ihn tragenden Bürokraten die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel an und herrschten nach dem Modell der Despotie. Was im Westen auf der Ebene des Unternehmens gang und gäbe ist, vollzog sich im Osten auf Staatsebene. Und wie rasch ein Wechsel zwischen Despotie und Republik stattfinden kann, zeigen die jüngsten Ereignisse. Selbstverständlich gilt dies aber auch für eine umgekehrte Entwicklung.

Linke und Parlament

Von hier aus stößt Agnoli zu einer Kritik des Parlamentarismus vor. Die Linken, die sich an Wahlen und Parlamenten beteiligen, garantieren, daß Konflikte ausgetragen werden auf der Folie des Verfassungsstaates. Die Herrschaftsverhältnisse bleiben stabil. Dagegen setzt Agnoli: „Nur das organisierte Nein sprengt die Fesseln staatsbürgerlich parlamentarischer Gleichschaltung und kann den Führungskonflikt wieder zu einem Herrschaftskonflikt ausweiten. Gerät durch die Wechselwirkung von Massenspontaneität und Bewußtseinsorganisation der politische Staat ins Wanken, so stabilisiert er sich umgekehrt, wenn die Opposition ihren fundamentalen Charakter ablegt und sich konstitutionalisiert.“ Insofern ist Staatskritik immer nur so weit erlaubt wie sie nicht praktisch wird: „Die Grenze wird weder von der Schärfe noch von der Richtigkeit der Kritik bestimmt, sondern von der politischen Zielsetzung (...) und von dem Ausmaß der öffentlichen Wirksamkeit.“

Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik
 ça ira, 1990, 222 S., 25 DM.